

das ganze Land und die gesamte spanischsprechende Welt umfassenden Aufgaben der Katholischen Aktion. Ohne ihre wichtige und oft entscheidende Mitwirkung ist seither wohl nichts im katholischen Leben Spaniens geschaffen worden. 1911 gründeten sie, unter Führung von Angel Herrera, den „Debate“, die Zeitung der Ideen, wie sie genannt wurde, die in der Revolution von 1936 verboten wurde und auch nachher nicht wieder erstand, da die Freiheit der Presse nicht wiederhergestellt wurde. 1912 wurde das große Presseunternehmen „Editorial Católica“ gegründet, das heute 5 Zeitungen, darunter Ya mit 180 000 Exemplaren, eine Wochenzeitung, eine Pressekorrespondenz und die Biblioteca de Autores cristianos herausgibt, von der bis jetzt etwa 200 Bände in über 2 Millionen Exemplaren verbreitet wurden. 1919 wurde der Nationale landwirtschaftliche Verband geschaffen, dem viele Syndikate angehörten. 1920 folgte die Gründung des Verbandes der katholischen Studenten, 1924 die Organisation der katholischen Jugend und die Eröffnung einer katholischen Journalistenschule, 1933 das Soziale Arbeiterwerk zur geistigen Förderung der Arbeiter, 1933 das Centro de Estudios Universitarios, 1935 die internationalen Ferienkurse von Santander, die seit 1940 in San Sebastián gehalten werden. Im Bürgerkrieg wurden über 50 Propagandisten (12 %) von den Revolutionären ermordet. 1946 begann der Bau des Universitätskollegs San Pablo in Madrid, das 1950 eröffnet wurde und in dem heute mehr als 170 Studenten Aufnahme finden und in ihren Studien besonders gefördert werden. 1955 eröffnete man das Centro Pius XII. für eine bessere Welt. An der allgemeinen Katholischen Aktion Spaniens, deren erster Präsident Angel Herrera, der zweite A. Martin Artajo waren, nehmen sie großen Anteil. Sie betätigen sich in den Marianischen Kongregationen, in der katholischen Elternvereinigung, in der katholischen Film-, Radio-, Fernscharbeit, den Werken der Caritas usw.

Heute zählt die Vereinigung in 42 Ortsgruppen über 636 Mitglieder. 15 Mitglieder sind über 70 Jahre, 101 über 60, 239 über 50, 217 über 40, 64 über 30 Jahre alt. 269 sind in öffentlichen Regierungs- und Verwaltungsstellen, 199 als Universitätsprofessoren und Lehrer, 173 in der Industrie und im Handel, 44 in der Presse als Schriftsteller usw. tätig.

Die diesjährige Jahresversammlung bezeichnete als künftige Aufgaben der Vereinigung die Stärkung des religiös-asketischen Lebens durch Exerziten, religiöse Wochen usw., die Werke des Apostolates in der Katholischen Aktion, die verstärkte Arbeit an den Universitätswerken und den übrigen Unternehmen der Vereinigung. Als neue Betätigungsfelder wurde die verstärkte Arbeit an der Sozialreform Spaniens, den Werken der Caritas, der Bildung des öffentlichen Gewissens in der Behandlung anderer Glaubensgruppen sowie die Bemühung um eine bessere Formung und Organisation der Elternvereinigungen genannt. Überdies wird der neue Präsident Alberto Martin Artajo sich noch zwei Aufgaben im inneren Leben der Propagandisten widmen müssen: Um der Gefahr einer Überalterung der Mitgliederschaft zu begegnen, die sich leise ankündigt, wird er sich des jugendlichen Nachwuchses besonders annehmen. Schließlich muß die innere Einigung der Mitglieder gefördert werden. Eine Reihe von Mitgliedern, darunter der große Staatsmann Gil Robles und der verdiente letzte Direktor des Debate, Francisco de Luis, sind, vorzüglich aus politischen Gründen, allzusehr an den Rand und in den Hintergrund getreten.

Westliche und östliche Demokratie

Die moderne Demokratie ist ein Kind des neu-englischen Puritanismus und der englischen Independenten und Spiritualisten. Ihre Väter waren jene Puritaner — am bekanntesten sind die 108 Pilgerväter der Mayflower —, denen das England der

Stuarts zu eng geworden war und die nun in den Kolonien Neu-Englands einen Raum suchten, die calvinische Lehre vom göttlichen Gnadenbund zu verwirklichen. Aber ohne die Lehre von der rein innerlichen Gegenwart des Reiches Gottes, wie sie von fast allen englischen Erweckungsbewegungen vertreten wurde, wäre es wohl nie zur Ausbildung der demokratischen Freiheiten des Menschen im politischen Raum gekommen, wie es für die westliche Demokratie so bezeichnend ist. So säkularisiert diese Demokratie heute auch erscheinen mag, ihre tragenden Ideen, die der Freiheit und der Gerechtigkeit, tragen immer noch etwas von ihrer Herkunft aus dem theokratischen Bereich an sich. Und vielleicht ist dies mit ein Grund, daß diese Demokratie bisher nicht zu einer rein formalen Scheindemokratie entartet ist. Denn dieses Abgleiten ist schließlich die große Gefahr für jede echte Demokratie. Die Technik des formal Demokratischen verschlingt den Willen zur Freiheit und Gerechtigkeit. Wenn die Westmächte heute von Demokratie sprechen, dann meinen sie tatsächlich immer noch diese Demokratie.

Anders ist es in der Sowjetunion, die einem solchen Verständnis von Demokratie absolut fremd gegenübersteht. Nach der Verfassung von 1936 ist die Sowjetunion eine Demokratie, deren höchstes Organ der Oberste Sowjet der UdSSR ist. Dieser Rat ist die Vertretung des gesamten Sowjetvolks und wird alle 4 Jahre in einem geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlverfahren gewählt. Abgeordneter kann nach Art. 135 jeder Bürger der UdSSR werden, der das Alter von 23 Jahren erreicht hat, unabhängig von seiner Zugehörigkeit zu einer Rasse und Nationalität, von Geschlecht, Glaubensbekenntnis, Bildungsgrad, Ansässigkeit, sozialer Herkunft, Vermögenslage und früherer Tätigkeit. Freilich — und dies macht das gesamte System freier Wahlen illusorisch — werden diese Kandidaten nach Art. 141 von den gesellschaftlichen Organisationen und den Vereinigungen der Werktätigen aufgestellt: von den kommunistischen Parteiorganisationen, den Gewerkschaften, Jugendorganisationen und den Kulturvereinigungen. Es gibt in der Sowjetunion keine anderen Vereinigungen als die von der Kommunistischen Partei geführten (Art. 126). Aber auch diese kommunistischen Vereinigungen sind bei der Aufstellung dieser Kandidaten keineswegs frei. Sie erhalten genaue Richtlinien aus Moskau. Theoretisch können zwar für einen Wahlkreis mehrere Kandidaten aufgestellt werden, in der Praxis einigen sich jedoch die verschiedenen Vereinigungen, die zur Aufstellung berechtigt sind, gegen Schluß der Wahlvorbereitung auf einen Kandidaten, so daß der Sowjetbürger, wenn er wählen will, tatsächlich nur einen Kandidaten wählen kann.

Die Deputierten des Obersten Sowjet gehören entweder dem Sowjet der Union oder dem Sowjet der Nationalitäten an. Meist tagen beide Kammern gemeinsam. Beide wählen gemeinsam das Präsidium des Obersten Sowjet: den Vorsitzenden, dessen 16 Stellvertreter, den Sekretär und weitere 15 Mitglieder des Präsidiums. Dieses Präsidium darf jedoch nicht mit dem Sitzungspräsidium verwechselt werden, etwa mit dem Bundestagspräsidenten oder dessen Stellvertretern. Es handelt sich bei ihm vielmehr um das Staatspräsidium. Der Wahlvorgang geschieht folgendermaßen: ein Deputierter schlägt die von der Parteiführung gewünschten Funktionäre vor. Ohne weitere Diskussion wird der „Wahlvorschlag“ angenommen. Dieses Präsidium hat das Recht, zweimal im Jahr den Obersten Sowjet einzuberufen, es kann u. a. Verordnungen und Verfügungen des Ministerrats aufheben, falls sie nicht dem Gesetz entsprechen, es erklärt in den Zeiten zwischen den Tagungen des Obersten Sowjets den Krieg und kann internationale Verträge schließen und kündigen.

Der Oberste Sowjet bestellt ferner nach Art. 56 in gemeinsamer Sitzung den Ministerrat der UdSSR, dessen „Wahl“ genauso vor sich geht wie die des Präsidiums. Der Ministerrat ist zwar dem Obersten Sowjet verantwortlich, aber dieser Artikel ist

wieder völlig illusorisch, da sich das Präsidium des Ministerrats ausschließlich aus Mitgliedern des Zentralkomitees zusammensetzt. Alle wichtigen Maßnahmen des Ministerrats werden vorher von diesem Organ der Partei beraten.

Man sieht, wie hier ein scheinbar höchst demokratisches Staatswesen aufgebaut ist, das in Wirklichkeit mit Demokratie im westlichen Sinn nichts zu tun hat. Freie Wahlen hier, freie Wahlen dort: sie sind voneinander völlig verschieden! (Wir möchten hier auf das ausgezeichnete Buch von Prof. Dr. W. Grottian hinweisen, Das sowjetische Regierungssystem, 1. Bd. Leitfaden, 2. Bd. Quellenbuch, Köln-Opladen, Westdeutscher Verlag, wo an Hand der Quellen gezeigt wird, daß die Sowjetunion nach wie vor auf die Eroberung der Welt ausgeht, worüber keine Phase im Kalten Krieg hinwegtäuschen sollte.)

Innere Schwierigkeiten in Kolumbien

Seit gut 10 Jahren leidet Kolumbien an inneren Unruhen, die mehr und mehr das ganze Land lähmen. Es handelt sich um ein regelrechtes Bandenwesen, das seinen Ursprung in den Auseinandersetzungen zweier politischer Parteien hat, der liberalen und der konservativen.

Seit 1946 die Liberalen die Regierungsgewalt an die Konservativen unter Präsident Gomez abtreten mußten, versuchen sie mit allen Mitteln wieder an die Macht zu kommen. Da auf legalem Weg nichts erreicht wurde und auch ein Staatsstreich sich als unmöglich erwies, organisierten sie in den Llanos von Casanare, in den Bezirken von Cundinamarca, Tolima, Santander, Bolivar und Antioquia Banden, die gegen die konservative Regierung kämpften. Diesen Banden schlossen sich Leute an, die aus dem Ausland kamen, vor allem auch kommunistische Agenten. Als sich vor einigen Jahren die Banden von Casanare ergaben — die Regierung hatte ihnen Amnestie zugesagt —, erhielten sie Kleider und Geld. Viele verspielten alles wieder und begaben sich in die Gebirgsgegenden von Tolima, wo sie einen kleinen Staat errichteten mit eigenem Geld und Pässen. Die Geldscheine waren, so konnte eindeutig festgestellt werden, mit russischen Matrizen hergestellt.

Die Umtriebe dieser Banden werden immer schlimmer. Kaum eine Woche vergeht — eine Zeitlang geschah es sogar täglich —, daß nicht Überfälle, Hinterhalte, Morde gemeldet werden. Früher waren sie mit alten Gewehren und primitiven Bomben ausgestattet, heute werden ihre Maschinengewehre auf dem Luftweg versorgt. Es ist vor allem das Landvolk, das unter ihnen leidet, da sie die Höfe überfallen und die Ernten mitnehmen. So wandern viele Bauern in die Stadt und die Landwirtschaft verfällt. So droht Kolumbien mehr und mehr der Unordnung zu verfallen, aus der allein der Kommunismus Nutzen zieht.

Der Engpaß im technischen Fortschritt der UdSSR

Der Kommunismus sieht im technischen Fortschritt einen Erweis für die geistige Überlegenheit eines gesellschaftlichen oder politischen Systems. Darum setzt die Sowjetunion alles daran, einen solchen Fortschritt zu erzielen und ihn unter Erweis zu stellen. Nun hat das Land seit 1917 zweifellos einen ungeheuren Aufschwung gerade auf dem Gebiet der Technik genommen, der, vom Ausgangspunkt her gesehen, größer ist als der des Westens. In wenigen Jahrzehnten hat das Land die Industrie der westlichen Welt eingeholt, ja auf nicht wenigen Gebieten übertroffen. Trotzdem sind noch manche Schwierigkeiten zu überwinden. Diese gelten vor allem für den neuesten Fortschritt der Technik, für die Automation. Hier hängt die Sowjetunion